

40 Jahre Gemeindefusion – Zwangsvereinigung, Vernunftehe, Liebesheirat?

Der Landtagsausschuss empfahl nach der 3. Anhörungsrunde tatsächlich die kleine Lösung Eggenstein-Leopoldshafen. Jetzt war es Zeit Fakten zu schaffen, bevor das Kabinett entschied. Am 12. Juli 1973 beschlossen die Gemeinderäte von Eggenstein und Leopoldshafen in getrennten Sitzungen endgültig den Zusammenschluss. Die Verwaltungen sowie die aus beiden Gemeinderäten gebildeten Ausschüsse wurden beauftragt, die Vertragsunterlagen auszuarbeiten. ...



4. Teil – Ein langer Weg bis zum Fusionsvertrag

Am 19. Juli 1973 war es dann endlich soweit. Das Landeskabinett beschloss entgegen allen vorherigen Planungen den Zusammenschluss von Eggenstein und Leopoldshafen zur Einheitsgemeinde. Verlierer dabei war der südliche Nachbar Neureut, dessen Eingemeindung nach Karlsruhe damit praktisch besiegelt war.

Mit der nunmehr vorgesehenen Fusion von Eggenstein und Leopoldshafen war eine vertretbare Alternative zur verlorenen Selbstständigkeit erreicht. Doch den Verhandlungspartnern stand noch ein dornenreicher Weg voller Hoffnungen, ermüdender Diskussionen, Irritationen und Kompromissen bevor, wie es der Chronist Steffen Dirschka in seinen Geschichtsblättern sinngemäß formulierte.

Gleich zu Beginn sorgte eine Schlaperei in Stuttgart für Unmut. Obwohl vereinbart war, dass die neuen Verwaltungsräume grundsätzlich nach dem größten beteiligten Ort zu benennen seien, war dies bei uns nicht der Fall. Man hatte vergessen, das bei der ursprünglich geplanten Viererlösung als Verwaltungssitz vorgesehene „Leopoldshafen“ durch „Eggenstein“ zu ersetzen – Genugtuung in Leopoldshafen, Protest in Eggenstein war die Folge. Doch Bürgermeister Knobloch klärte diese Schlaperei umgehend auf und sein Kollege Uebelhör musste eingestehen, dass die Landesregierung hier wohl kein glückliches Händchen gehabt hatte.

Zunächst wurden die Bürger in Versammlungen auf eine landesweite Bürgeranhörung am 20. Januar 1974 vorbereitet. Erstmals sollte die Bevölkerung einbezogen werden und eine Stellungnahme zur Gemeindereform abgeben – das Ergebnis glich einer schallenden Ohrfeige für die Landespolitik.

Sowohl in Eggenstein als auch in Leopoldshafen verweigerte die überwiegende Mehrzahl der Einwohner dem Reformwerk ihre Legitimation. Lediglich 19 bzw. 22 % der Wähler ging überhaupt zur Urne, davon stimmten dann 61 % der Eggensteiner und 79 % der Leopoldshafener für eine Fusion der beiden Gemeinden, allerdings ohne realistische Alternative, so hatten es die Bürgermeister in den vorhergehenden Versammlungen deutlich gemacht.

So blieb auch den beiden Gemeinderatsgremien letztlich nichts anderes übrig als in einer Stellungnahme den angestrebten, ja von Stuttgart praktisch geforderten Fusionskurs fortzusetzen. Allerdings wurde auch klar zum Ausdruck gebracht, dass man eigentlich in beiden Orten der Meinung war, die weitere Selbstständigkeit wäre die bessere Lösung gewesen.

Fusionsausschuss

Bereits seit Oktober 1973 war ein Fusionsausschuss gebildet worden, der sich mit den vielfältigen Fragen um den Zusammenschluss kümmern sollte. Der Ausschuss setzte sich paritätisch aus den Gemeinderäten Horst Gerwien (SPD), Günter Kast (CDU), Egon Stober (FWV) und Johann Wack (FDP) aus Eggenstein sowie Hermann Bauerochse (SPD), Friedrich Knobloch (CDU), Erich Nagel (FWV) und Theophil Ott (FDP) aus Leopoldshafen zusammen.

Dieses Gremium hatte insbesondere die Aufgabe, den Fusionsvertrag zusammen mit den Verwaltungen auszuarbeiten. Der Chronist Dirschka fasst zusammen: „Ein enormer Katalog (weiterer) zu klärender Fragen stand zur Erörterung an. ... Sollte die erste Gemeinderatswahl nach dem Prinzip der unechten Teilortswahl erfolgen? Ist der Fusionstermin neu festzulegen? Wo soll sich der Standort des zukünftigen Verwaltungssitzes befinden? Wie sind die beiden Gemeindeverwaltungen zusammenzuführen? Wie lautet der künftige Gemeindename?

Welche Baumaßnahmen stehen an?“ Viele dieser Fragen, aber insbesondere der Gemeinename und der Verwaltungssitz sollte die Gemeinderäte und die Bevölkerung insgesamt noch lange Zeit beschäftigen.

Neben den Bürgermeistern und den Gemeindeverwaltungen stand deshalb den **Gemeinderatsgremien** der beiden Gemeinden viel Arbeit bevor. Sie sollten zunächst noch getrennt, dann gemeinsam über den Start von Eggenstein-Leopoldshafen wesentlich bestimmen. Die Besetzung des bis zur Neuwahl ab dem 1. Dezember 1974 amtierenden Gremiums war die Summe beider bisherigen:

SPD: Horst Gerwien, Hermann Fuchs, Emil Nees, Ernst Stoll, Walter Weick (aus Eggenstein), Hermann Bauerochse, Otto Dürr, Helmut Herrmann, Winfried Stegmeier (aus Leopoldshafen) - FWV: Karl Backenstoß, Friedrich Erndwein, Helmut Dietz, Peter Schaffer, Egon Stober, Theodor Stutz (aus Eggenstein), Friedrich Hellriegel, Erich Nagel, Helmut Stern (aus Leopoldshafen) - CDU: Lothar Endraß, Günter Kast (aus Eggenstein), Emil Bolz, Friedrich Knobloch, Adolf Nagel, Ernst Wieniger (aus Leopoldshafen) - FDP: Bert Reuter, Bruno Rupp, Johann Wack (aus Eggenstein), Werner Hellenbroich (aus Leopoldshafen)

Zeitpunkt der Gemeindefusion

Zunächst hatte man sich auf den 1. Januar 1975 geeinigt. Dies hätte jedoch bei den Fristen für die durchzuführenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen Engpässe ergeben. So einigte man sich im Mai 1974 endgültig auf den 1. Dezember 1974 als Fusionstermin.

Dienstvertrag mit Altbürgermeister Knobloch

Eine der ersten Fragen war das zukünftige Rechtsverhältnis mit dem absehbar ausscheidenden Eggensteiner Bürgermeister Emil Knobloch, der bereits im Vorfeld angekündigt hatte, nicht für das Bürgermeisteramt kandidieren zu wollen. Auch hierfür sollte eine Regelung gefunden werden. Was für die Bediensteten insgesamt galt, nämlich keine persönlichen Nachteile durch die Fusion zu haben, sollte natürlich auch für Emil Knobloch gelten, dessen Amtszeit eigentlich erst 1982 geendet hätte. Es war vorgesehen und so auch in die Fusionsvereinbarung aufgenommen, dass der Altbürgermeister einen Beratervertrag erhalten solle. Dieser Vertrag wurde vom Gesamtgemeinderat, auch wegen Bedenken des Landratsamts, im September 1975 abgelehnt. Auch in diesem Punkt, so schreibt der Chronist, ist die Gemeinde die Umsetzung einer Regelung im Fusionsvertrag schuldig geblieben.

Neuwahl des Bürgermeisters

Direkt nach Inkrafttreten der Fusion versammelten sich die beiden Gemeinderatsgremien und wählten Hermann Uebelhör zum Amtsverweser. Die Bürgermeisterwahlen wurden auf den 9. Februar 1975 festgelegt.

Hier konnte sich letztendlich Altbürgermeister und Amtsverweser Hermann Uebelhör deutlich mit 67 % der Stimmen gegen den SPD-Gemeinderat Ernst Stoll durchsetzen. Die neue Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen hatte ihr erstes Ortsobhaupt.

